Herr Dreiner erörtert die vorliegende umfangreiche Beschlussvorlage und weist auf die zusätzliche Tischvorlage hin. Anhand der beigefügten Listen und Pläne lassen sich die einzelnen Änderungen und Stellungnahmen räumlich verorten, auf die sich diese inhaltlich beziehen.

Er erklärt, dass die Bezeichnungen der Stellungnahmen nicht identisch sind mit denen der früheren Unterlagen, da es sich um einen neuen Verfahrensschritt handelt und Änderungen entfallen bzw. hinzugekommen sind.

Aus organisatorischen Gründen werden weitere Fragen, die sich auf einzelne Stellungnahmen beziehen, zurückgestellt und im Rahmen der Abwägung beantwortet.

Anhand der Präsentation erläutert Herr Dreiner den aktuellen Verfahrensstand, die Vorgehensweise und die Ziele der zukünftigen Entwicklung.

Die der Beschlussvorlage beigefügte Abwägungsliste der Träger öffentlicher Belange (T) wird hiernach einzeln zu den Stellungnahmen abgehandelt.

Abstimmungsergebnis T 01- T 27: einstimmig

Anschließend wird die der Beschlussvorlage beigefügte Abwägungsliste zu den Anregungen der Öffentlichkeit (B) einzeln abgehandelt.

B 01

RM Geisel erkundigt sich nach dem Vertrag mit dem Hundesportverein und ob eine Garantie möglich sei, dass der Verein länger in Marienheide bleiben kann. BM Meisenberg erklärt, dass man derzeit in Verhandlung mit dem Verein sei und für eine vorzeitige Verlängerung des Vertrages über 2025 hinaus kein Handlungsbedarf besteht. Herr Dreiner weist daraufhin, dass die Fläche im Bebauungsplan als Grünfläche festgesetzt ist und der Flächennutzungsplan nur Handlungsmöglichkeiten für spätere Planungen schafft, aber kein verbindliches Baurecht abgelesen werden könne.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 02

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 03

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 04

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-1

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-2

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-3

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-4

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-5

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-6

RM Göldner fragt, ob die Wirtschaftlichkeit für eine Bebauung geprüft worden sei. Eine Wohnbauflächendarstellung sei bei zu hohen Kosten nicht sinnvoll und beantragt die Fläche nicht als Wohnbaufläche darzustellen. BM Meisenberg führt dazu aus, dass es um eine Planung für die nächsten 15-20 Jahre geht. Grundlage für eine Abwasserbeseitigung (Erschließung) ist der Netzbetrieb, der sich in diesen Jahren, bis zu einer möglichen baulichen Entwicklung des Gebietes, sicher ändern wird.

Herr Dreiner ergänzt, dass eine abschließende Antwort auf die Frage auf der Ebene des Flächennutzungsplans nicht möglich sei. Erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung könne auf der Grundlage eines städtebaulichen Entwurfes und entsprechender Gutachten eine erste Antwort gefunden werden. Auf der Ebene des Flächennutzungsplans geht es vor allem darum, sich Handlungsspielräume für die Zukunft offen zu halten. Die tatsächliche Entwicklung von Bauflächenreserven hängt von sehr vielen Faktoren ab (z.B. Art und Dichte der Bebauung, Baugrund, Erschließungsanforderungen, Artenschutz, soziale Infrastrukturausstattung, etc.). Die Fläche sei grundsätzlich städtebaulich gut in den Siedlungsraum integriert und steht darüber hinaus zum größten Teil im Gemeindeeigentum. Erweiterungsflächen für den Friedhof werden zukünftig nicht mehr benötigt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Auf Nachfrage erklärt BM Meisenberg, dass eine Änderung einer Flächendarstellung auf politischen Beschlüssen beruht und mehrfach erfolgen kann.

B 05-7

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-8

RM Dr. Hanke führt aus, dass ihm andere Informationen für die Unterschutzstellung einzelner Biotope vorliegen. Herr Kursawe weist auf die rechtlichen Grundlagen hin und

dass vor allem das Bundesnaturschutzgesetz zu beachten ist. Veranstaltungen am Flugplatz (Autotreffen, Autokino, o.ä.), die RM Dr. Hanke anspricht, widersprechen den naturschutzrechtlichen Bestimmungen, zuständig hierfür seien jedoch die Naturschutzbehörden.

Zur Frage nach dem Interesse der Nachbarkommunen an dem interkommunalen Gewerbegebiet antwortet Herr Dreiner, dass Meinerzhagen bereits frühzeitig andere Ziele verfolgt. Die Stadt Kierspe war sehr an einer interkommunalen Lösung interessiert. Eine isolierte Lösung der Stadt Kierspe hält Herr Dreiner auf Rückfrage jedoch für sehr unwahrscheinlich, da die äußere Erschließung über die Landesstraße auf Gemeindegebiet erfolgen müsse. Zudem sei es vorrangiges Ziel gewesen, die bereits versiegelten Flächen der Landebahn für eine Gewerbe-/Industrieentwicklung zu nutzen, die angrenzenden Flächen der Stadt Kierspe sind jedoch überwiegend mit Wald bestockt. Er führt weiter aus, dass zwar die Bezirksregierung Arnsberg sich dem Thema offen gegenüber gezeigt hat, die Bezirksregierung Köln, als zuständige Genehmigungsbehörde für das Gemeindegebiet, jedoch keine landesplanerische Anpassungsbestätigung an die Ziele der Raumordnung erteilt hat. Hinzu kommen die Ergebnisse der ökologischen Kartierung, die aufgezeigt haben, dass sich insbesondere die Bereiche um die Start- und Landebahn fast vollständig zu wertvollen Flächen mit ökologischem Schutzstatus entwickelt haben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-9

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 05-10

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 05-11

RM Geisel schließt sich den Bedenken zur Wohnbauflächendarstellung am „Scharder Kopf“ an. Herr Dreiner stimmt zu, dass eine Entwicklung ab der Kuppe in Richtung dem Ort Scharde sicherlich schwierig, aktuell keine Priorität besitzt und planerisch nicht unbedingt erstrebenswert sei. Die Beibehaltung der bereits bestehenden rechtswirksamen Darstellung bietet jedoch Handlungsspielraum für die Entwicklung anderer Flächen. Es wird jedoch zugesagt bis zur Sitzung des Rates einen Steckbrief für diese Reservefläche zu erstellen und danach unter Umständen seitens der Verwaltung die Fläche neu bewerten zu wollen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

B 05-12

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 06

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 07-1

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 07-2

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 08

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 09

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 10

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 011

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 12

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 13

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 14

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 1 Enthaltung

B 15

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 16

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 17

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 18

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 19

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 20

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 21

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 22-1

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 22-2

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 22-3

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 23-1

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 23-2

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 24

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 25

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 26

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 27

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 28

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 29

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 30

RM Schiefer fragt, warum dort keine Baufläche dargestellt wird. Herr Dreiner erläutert nochmal ausführlich die Argumente der Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 31-1

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 31-2

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 32

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 33-1

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 33-2

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 34

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 35

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 36

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 37

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 38

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 39

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 40

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 2 Enthaltungen

B 41

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B 42

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 1 Enthaltung

SB Rockenberg fragt nach, ob es sichergestellt ist, dass es bei einer Bebauung des Bereiches an der Leppestraße nicht zu Hochwassersituationen kommen kann. Herr Dreiner erklärt, dass im Rahmen des Landesprogramms „Bauen an der Schiene“ der Bereich genauer untersucht wird und bereits ein hydrogeologisches Gutachten in Auftrag gegeben worden ist. Eine zentrale Aufgabe und Herausforderung ist das Thema Entwässerung, welches sicherlich schwierig sei, aber es auch viele technische Möglichkeiten gebe. Im Bebauungsplan solle auf jeden Fall der Bachlauf als zentrales Element der Planung integriert und von jeglicher Bebauung freigehalten werden. Die Darstellung einer Grünfläche als Schutzstreifen im Flächennutzungsplan ist jedoch maßstabsbedingt nicht sinnvoll.